

zur demokratischen Resilienz der Polizei in Deutschland

Zur Rolle der deutschen Polizei in der demokratischen Gesellschaft

Die Polizei in der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit der Nachkriegszeit in Phasen tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Umbrüche als tragende Säule der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erwiesen. Sie gewährleistet Sicherheit und öffentliche Ordnung und schafft damit die Voraussetzung für die Verwirklichung der verfassungsrechtlich garantierten Grund- und Freiheitsrechte.

Die Polizei steht wie kaum eine andere staatliche Institution im täglichen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern aus allen sozialen Milieus. Als alltäglich präsenten Gesicht des Staates trägt sie eine besondere Verantwortung für den Rechtsstaat und die politischen Grundwerte. Diese Rolle erfordert eine kontinuierliche Reflexions-, Dialog- und Vertrauensarbeit.

Zugleich bewegt sich die Polizei in einem strukturellen Spannungsfeld: So plural wie die Gesellschaft sind auch die Erwartungen an sie – zwischen konsequenter Gefahrenabwehr und größtmöglicher Ermessensausübung, zwischen effektiver Strafverfolgung und weitgehender Toleranz gegenüber individuellen Lebensentwürfen. Besonders prägend ist dabei die Gleichzeitigkeit zweier Selbstverständnisse: als bürgernahe (Ansprech-)Partnerin im Sinne einer Bürgerpolizei einerseits und als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols andererseits. Dieses Spannungsverhältnis ist einerseits nicht auflösbar, sondern konstitutiv für demokratische Polizeiarbeit, erzeugt andererseits aber alltägliche wie strukturelle Herausforderungen.

Um diesen gerecht zu werden, bedarf es einer permanenten evidenzbasierten Weiterentwicklung, institutionalisierter Forschung und einer Offenheit gegenüber externer gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Begleitung.

Zur Aktualität historischer Erfahrungen

Die zweifache Diktaturerfahrung in Deutschland prägt bis heute Erwartungen an staatliches Handeln und die Sensibilität gegenüber Sicherheitsbehörden. Polizeiarbeit steht daher in besonderem Maße vor der Aufgabe, sich deutlich und erkennbar von einem Verständnis als politisches Machtinstrument abzugrenzen. Klare gesetzliche Grundlagen, strikte Datenschutzstandards, Angemessenheit beim Einsatz eingriffsintensiver Befugnisse sowie die Ermöglichung offener und kritischer öffentlicher Debatten über Aufgaben, Grenzen und Befugnisse der Polizei sind zentrale Voraussetzungen, um das Vertrauen in die polizeiliche Arbeit zu sichern und demokratische Legitimation zu stärken.

Die Polizei, als Teil der Gesellschaft, hat den kulturellen Wandel hin zu demokratischen Werten über diverse Reformprozesse selbst mit vollzogen. Kooperative Führungssysteme, werteorientierte Führung und deeskalierende Einsatzkonzepte haben die autoritären Konzepte der Nachkriegsgeneration längst abgelöst. Gleichberechtigung und gesellschaftliche Vielfalt gehören heute zum selbstverständlichen Leitbild der Bürgerpolizei. Reformfähigkeit ist damit selbst Teil demokratischer Professionalität.

In der institutionellen Ausgestaltung bedeutet dies eine strikte Bindung polizeilichen Handelns an Recht und Gesetz sowie eine mehrdimensionale Kontrolle: parlamentarisch, gerichtlich und durch unabhängige Beschwerde- und Kontrollinstanzen. Fehlverhalten, Willkür oder unverhältnismäßige Gewaltanwendung werden rechtsstaatlich überprüft und ggf. konsequent sanktioniert. Transparenz, Rechenschaft und eine ausgeprägte Reflexions- bzw. Fehlerkultur sind dabei keine Zeichen institutioneller Schwäche, sondern Ausdruck rechtsstaatlicher Reife und Lernfähigkeit.

Demokratische Resilienz: Handlungsfelder und Perspektiven

Demokratische Resilienz erfordert eine leistungsfähige, grundrechtsorientierte und professionelle Polizei. Demokratische Resilienz entsteht nicht allein durch Gesetze und rechtliche Befugnisse, sondern durch Integrität und gesellschaftliche Einbindung. Der Weg nach vorn liegt in einer lernfähigen, transparenten und dialogorientierten Polizei, die Sicherheit gewährleistet und Freiheit schützt – gleichermaßen konsequent wie maßvoll. Zugleich ist die Polizei selbst Teil dieser Resilienzarchitektur und deshalb auch gehalten, ihre Strukturen kontinuierlich weiterzuentwickeln. Daraus ergeben sich zentrale Handlungsfelder:

Integrität: Ethische Standards stärken und Extremismus vorbeugen

Antidemokratische Einstellungen machen auch vor staatlichen Institutionen nicht Halt. Entsprechende Vorfälle haben aufgrund der besonderen Vertrauensstellung der Polizei eine erhebliche Systemrelevanz. Notwendig sind daher robuste interne Kontrollmechanismen, konsequent zu führende Disziplinarverfahren, wirksame Hinweisgebersysteme sowie eine gelebte Null-Toleranz-Haltung gegenüber extremistischen Tendenzen. Regelmäßige Fortbildungen und Reflexionsformate zu demokratischen Werten, Menschenrechten und berufsethischen Standards stärken die institutionelle Integrität nachhaltig.

Bürgerorientierte Kommunikation: Polarisierung moderieren und Dialogfähigkeit stärken

In einer zunehmend polarisierten Gesellschaft steht die Polizei vor vielfältigen Herausforderungen und wird dabei mitunter selbst zur Projektionsfläche von Misstrauen oder Verschwörungserzählungen. Um solchen Entwicklungen zu begegnen und gleichzeitig Legitimität zu stärken sowie Vertrauen zu festigen, bedarf es einer proaktiven und transparenten Kommunikationsstrategie, einem kontinuierlichen Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen sowie dem Ausbau interkultureller Kompetenzen.

Bildung: Wissen, Werte und Professionalität vertiefen

Politische Bildung, wissenschaftlich fundierte Lehrinhalte und die Förderung kritischer Reflexionsfähigkeit bilden wesentliche Grundlagen polizeilicher Aus- und Fortbildung. Der menschenrechts- und grundwertebasierte Bezugsrahmen polizeilicher Arbeit muss unter den sich verändernden Rahmenbedingungen fortlaufend aktualisiert und substantiiert werden: in der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ebenso wie mit spezifisch gegenwartsbezogenen Fragestellungen, insbesondere zu gesellschaftlicher Diversität und Diskriminierung, Propaganda und Desinformation sowie akuten politischen Konflikten und Protestformen. Für diese Werte und Ziele tragen die Bildungseinrichtungen der Polizeien für die Ausbildung des polizeilichen Nachwuchses eine besondere Verantwortung.

Stand: 04.05.2026